

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 04/2025 vom 08. Mai 2025, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Lanz
Peter Aegerter, Martin Allemann, Sandro Badertscher (während Traktandum 5, 18.10 Uhr), Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Reto Beutler, Thomas Bieri, Valentin Borter, Philipp Deriaz, Anja Dolder-Gerhardy, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Thomas Hiltbold, Manon Jaccard, Alice Kropf, Christoph Lauener, Iris Lauper, Manfred Locher, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartlome, Noëmi Porfido, Alex Reymondin, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann

Gemeinderat

Vizestadtpräsidentin Katharina Ali-Oesch, Gemeinderätinnen Andrea de Meuron (bis und mit Traktandum 6, 18.20 Uhr) und Eveline Salzmännli, Gemeinderat Reto Schertenleib

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Judith Lüdi

Entschuldigt

Stadtrat Christen Adrian und Stadträtin Schmutz Malenka
Stadtpräsident Lanz Raphael

Schluss der Sitzung

18:35 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung und hofft, dass nach der längeren Sitzungspause alle erholt zurück und noch euphorisch vom Aufstieg des FC Thuns sind. Besonders begrüsst er Stadträtin Lara Müller, die heute ihren Geburtstag feiert, und gratuliert ihr herzlich. Er zieht eine Verabschiedung vor. Ramona Forter aus der Stadtkanzlei wird beim Regionalbericht Burgdorf eine neue Herausforderung annehmen. Er führt aus, dass sie bereits die Lehre bei der Stadtkanzlei gemacht und so insgesamt acht Jahre hier gearbeitet hat. Er betont, dass Ramona Forter für den Stadtrat wertvolle Dienste geleistet hat. Sie hat unter anderem über 50 Stadtratssitzungen vorbereitet und bei 20 Abstimmungswochenenden mitgewirkt und diese betreut. Weiter hat sie bei mehreren Wahlen und im Lehrlingswesen mitgearbeitet. Er wünscht Ramona Forter im Namen des Stadtrats Thun alles Gute und übergibt ihr ein Präsent.

Der Rat applaudiert.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

35. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20. März 2025.

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

36. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Wahl neues Vizepräsidium für das Jahr 2025

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

Als Vizepräsidentin der Sachkommission Bildung Sport Kultur wird für das Jahr 2025 anstelle von Malenka Schmutz (Grüne) per sofort gewählt: Noëmi Porfido (Grüne).

37. Pensionskassenkommission

Wahl von Eveline Salzman und Christoph Kiener als Vertretende der Arbeitgeberin anstelle der zurücktretenden Raphael Lanz und Andrea de Meuron

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 28 Absatz 2 PVR und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. April 2025, beschliesst:

1. Von der Demission von Raphael Lanz und Andrea de Meuron per 30. Juni 2025 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz werden Gemeinderätin Eveline Salzman und Christoph Kiener, zukünftiger Leiter Personalamt, als Vertretende der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in die Pensionskassenkommission gewählt, und zwar ab 1. Juli 2025 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident verdankt das Engagement von Raphael Lanz und Andrea de Meuron.

38. Bildungsreglement der Stadt Thun vom 2. April 2009 (BiR; SSG 430.10.01) und Kommissionenreglement vom 13. Dezember 2002 (KomR; SSG 152.2), Teilrevision. Genehmigung und Inkraftsetzung 1. August 2025

Bericht des Gemeinderates Nr. 11/2025

Thomas Bieri, **SAKO BiSK**, teilt mit, dass das Bildungsreglement an der letzten SAKO-Sitzung zu keinen grossen Diskussionen geführt hat. Dies begründet er damit, dass an der Stadtratssitzung vom 19. Februar 2025 bereits alle Argumente für oder gegen einen Ausbau intensiv diskutiert wurden. Es wurde da bereits von der einen oder anderen Fraktion geäussert, dass es sich bei dieser Aufstockung um eine Übergangslösung handeln soll. Die SAKO hat der Teilrevision vom Bildungsreglement mit 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, würdigt es, dass die Umsetzung des Anliegens, wie von der Mehrheit vom Stadtrat gefordert, vollzogen wurde. Dennoch ist die Reglementsänderung für sie nach wie vor nicht gänzlich unbestritten. Sie rekapituliert, dass im Juli 2022 im Rahmen der dringlichen Motion 'betreffend Schulkommission Anpassung Führungsreglement' unter anderem die Stärkung der Schulkommission mit erweiterten Führungsaufgaben und Kompetenzen gefordert wurde. Das Projekt 'Optimierung Organisation Führung der Thuner Volksschule' ist an der Mehrheitsfähigkeit der politischen Parteien gescheitert, obwohl die Schulkommission am Projekt mitgearbeitet und das Ergebnis gutgeheissen hat. In der dringlichen Motion betreffend Anzahl Mitglieder der Schulkommission sind die strukturellen Herausforderungen der Kommission aufgezeigt worden. Auch, dass die stetig wachsenden Anforderungen das Machbare übersteigen. Die Massnahme, in der Schulkommission ein weiteres Mitglied einzusetzen, soll die Mehrbelastung reduzieren. Sie weist darauf hin, dass von der Schulkommission einerseits mehr Einfluss mit erweiterten Führungsaufgaben und Kompetenzen gefordert wird. Andererseits sind die Mitglieder mit den bestehenden Aufgaben überfordert. Für sie stellt sich mehr die Frage nach dysfunktionalen Strukturen innerhalb der Kommission, als nach Ressourcen. Sie hält fest, dass sie sich der Reglementsänderung nicht in den Weg stellen wollen, da die aktuellen Mitglieder der Schulkommission den aktuellen Antrag nach einem weiteren Mitglied einstimmig unterstützt haben. Grundsätzlich wollen auch sie eine Entlastung vom Milizsystem. Sie sind sich bewusst, dass es keine einfache Aufgabe ist, motivierte Leute für diese Aufgabe zu finden. Im Rahmen der Revision, bis die Bildungsstrategie erarbeitet und in Kraft gesetzt wird, kann die Fraktion eine vorübergehende Erhöhung der Mitgliederzahl gutheissen oder stellt sich zumindest nicht dagegen. Sie betont, dass dies aber an ihrem Wunsch nach einer anderen Organisation nichts ändert.

Der Rat genehmigt mit 36 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. April 2025, beschliesst:

1. Genehmigung der Teilrevision Bildungsreglement und Kommissionenreglement und Inkraftsetzung per 1. August 2025.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

39. **Neubau Aussenwerkhof «Amerika». Durchführung eines qualitätssichernden Verfahrens (Workshopverfahren)**

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 160'000 Franken inkl. Mehrwertsteuer für die Durchführung eines qualitätssichernden Verfahrens (Workshopverfahren)

Bericht des Gemeinderates Nr. 08/2025

Gemeinderat Reto Schertenleib führt aus, dass sie weder eine Expansion in die USA noch einen Ausbau der Dienstleistung vom Tiefbauamt anstreben. Sie wünschen sich lediglich zurück, was mit der Stilllegung der Kiesgrube Buchholz verloren ging, nämlich Lager- und Umschlagsfläche. Der Hauptstandort an der Industriestrasse platzt aus allen Nähten. Im Rahmen der neuen Ortsplanungsrevision (OPR) erfolgte bereits die Suche nach Ersatzstandorten. Der Fokus lag auf stadteigenen Parzellen. Es wurden aber auch private Parzellen angefragt. Im Gebiet "Amerika" in Allmendingen ist man fündig geworden. Einerseits stimmt hier die Parzellengrösse, andererseits besteht Synergiepotenzial mit der Nachbarparzelle, wo das regionale Feuerwehrausbildungszentrum steht. Die Umzonung ist im Rahmen der OPR erfolgt. Weiter erfolgte der Wechsel vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, womit die Voraussetzungen für einen Vollzug geschaffen sind. Mittels Workshopverfahrens soll herauskristallisiert werden, wie die Umsetzung erfolgen soll. Er begründet, dass das Workshopverfahren eine Form von qualitätssicherndem Verfahren ist. Dies erachtet er als gerechtfertigt, weil es sich um eine umgezonte Landwirtschaftszone und Fruchtfolgefläche und somit um ein sensibles Gebiet handelt.

Angelika Zimmermann, **SAKO B+L**, bestätigt, dass auch ihnen das von Gemeinderat Schertenleib Geäusserte genannt wurde. Sie wurden darüber informiert, dass es nicht nur eine Grube, sondern eine überdachte Anlage für saisonale Geräte inklusive Waschplatz sein soll. Weiter wurde ihnen erklärt, dass es weder Sanitäreinrichtungen noch Büroräumlichkeiten gibt. Dazu kann die Infrastruktur der Feuerwehr genutzt werden. Weiter erwähnt sie den geplanten Grünstreifen von 15 Metern Breite, der einerseits als Ausgleich für die verlorene Fruchtfolgefläche genutzt wird und andererseits hilft, den Fussweg schön zu halten. Das Geschäft ist aktuell im Stadtrat, weil es um die ersten 130'000 Franken von total 2 Mio. Franken, die das Ganze kosten wird, geht. Das Geschäft wurde in der SAKO einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen.

Matthias Zellweger (Parteilos) beantragt die Rückweisung des Geschäfts und fordert vor der Abstimmung einen Sitzungsunterbruch. Die Rückweisung begründet er zum einen damit, dass es sich um einen Angriff auf eine Grünfläche handelt, der so nicht nötig ist. Als Hauptgrund äussert er, dass die Stadt Thun in der glücklichen Lage ist, mit der Firma Isenschmid AG auf Thuner Boden mit 21'000 Quadratmetern den grössten Kiesumschlagplatz im Berner Oberland zu haben. Er fordert einen Paradigmenwechsel, der in Anbetracht zieht, eine solche Dienstleistung einzukaufen. Nach Rücksprache mit Jürg Grossen von der Firma Isenschmid AG weiss er, dass das Unternehmen im Zusammenhang mit dem Anliegen nicht kontaktiert wurde. Er möchte dem Geschäft mit der Rückweisung eine neue Chance geben. Er erachtet es als nicht sinnvoll, dasselbe zu bauen, was bereits besteht.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, zeigt sich über dem soeben erfolgten Rückweisungsantrag überrascht und äussert unter Vorbehalt von Änderungen ihre Haltung. Sie befürworten den Standort, die geplante Ausgestaltung, den Umfang vom Projekt und das generelle Vorgehen. Sie finden es gut, dass auf dem 15-Meter-Streifen Grünfläche etwas für die Umwelt gemacht wird. Sie stimmen dem Kredit zu.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, bedauert, diese Informationen nicht früher erhalten zu haben. Sie unterstützen den Kredit für eine qualitätssichernde Planung. Der zentrale Werkhof ist überlastet und eine Entlastung durch einen zusätzlichen Standort zwingend notwendig. Mit dem Projekt in Allmendingen wird Lager- und Abstellfläche geschaffen und eine Verbesserung der Arbeitsorganisation möglich. Gleichzeitig verlangt der Standort nicht nur eine funktionale, sondern auch eine ökologische und landschaftsverträgliche Planung. Die Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist von dem Rückweisungsantrag ebenfalls überrascht. Der Bedarf ist erkannt und die Schritte sind vorausschauend eingegeben und geplant. Auch ist die Finanzierung im Aufgaben- und Finanzplan vorgesehen. Sie erachten das Vorgehen aufgrund der durch den Wegfall der Kiesgrube Buchholz noch verengten Platzverhältnissen als sinnvoll und begründet. Einzig kritisch äussert er, dass es sich um einen Werkhof handelt und nicht um ein Gebäude, das schön oder speziell sein muss. Deshalb ist für sie umstritten, ob es dieses Workshopverfahren tatsächlich braucht. Unklar ist ihm zudem, wer entscheidet, dass ein Workshopverfahren gemacht wird. Die Fraktion folgt dem Antrag einstimmig.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, äussert, dass in der Fraktion die Problematik einer Umzonung von Fruchtfolgefläche Thema war. Sie gingen jedoch davon aus, dass dies nicht Gegenstand der Diskussion ist. Sie begrüssen den direkten Austausch zwischen Planungsbüro und Bauherrschaft während der Planungsphase, damit eine nachhaltige Planung möglich ist. Sie fragen sich, ob bei einer Überbauung von Fruchtfolgefläche Ersatzmassnahmen geplant sind. Weiter betont sie die Wichtigkeit, die Freihaltefläche gemäss Biodiversitätskonzept der Stadt Thun biodivers zu gestalten. Sie weist darauf hin, dass bei einer Zwischenlagerung von Grüngut und Schnittgut die Problematik von Neophyten und deren Ausbreitung auf die nähere Umgebung berücksichtigt werden muss. Die Fraktion hatte vor, dem Kredit einstimmig zuzustimmen.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, sieht ein, dass es eine Entlastung vom Hauptstandort braucht. Sie anerkennen, dass die Evaluation Allmendungen als den optimalen Standort ergeben hat und sind zufrieden, dass es ein qualitätssicherndes Verfahren gibt. An dem Workshopverfahren bemängeln sie, dass junge Teams allenfalls nicht berücksichtigt werden. Bezüglich Nachhaltigkeitsziele beim Freihaltebereich schliessen sie sich dem Votum der Grünen an. Auch sie wünschen sich, dass der Freihaltebereich von 15 Metern biodivers gestaltet wird. Die Fraktion stimmt einstimmig zu.

Marc Fritschi (Parteilos) befürchtet, dass auf das Geschäft eingetreten werden will. Er versteht, dass für die vielen Fahrzeuge und Steinhäufen an der Industriestrasse ein neuer Standort gefunden werden will. Grundsätzlich heisst er es gut, bei einer Ortsplanung Flächen zu reservieren. Zu denken gibt ihm, dass die Planer der Stadt, der Gemeinde und der Raumordnung ihren Kollegen neue Aufträge zuhalten. Das Planungsbüro soll für hunderttausende von Franken überlegen, wie Container und Kieshaufen angeordnet werden. Für ihn ist das geplante Workshopverfahren klar eine bössartige Verschleuderung von Steuergeldern. Er visualisiert, dass es nicht darum gehe, was vis à vis vom Rathaus stehe. Er betont weiter, dass es sich um ein veränderbares Bild handelt, da Kieshaufen womöglich wieder reduziert werden. Er rechnet, dass die geplante Summe von 160'000 Franken 800 bis 1'200 Arbeitsstunden ergeben. Diese sollen aufgewendet werden, um herauszufinden, wie Container, Fahrzeuge und Kieshaufen platziert werden müssen. Empört fragt er, ob es dem Gemeinderat eigentlich in den Weizen gehagelt habe. Er beantragt, falls ein Kredit gesprochen wird, diesen auf 2'000 Franken zu reduzieren.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, holt aus, dass - so ungewiss wie der weitere Verlauf von dem Projekt - im 19. Jahrhundert hunderttausende von Menschen aus der Schweiz ihr Glück woanders gesucht hatten. Daher kommen Flurbezeichnungen wie Kaliforni oder Amerika. Er findet die Verwendung des Pseudosynonyms Amerika für die USA, wie von Gemeinderat Reto Schertenleib soeben beispielhaft verwendet, schwierig und kritisiert, ein Projekt in der heutigen Zeit mit Amerika zu bezeichnen. Dies wegen der aktuellen US-Regierung, die die Medienfreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit attackiert, wie auch die Gewaltentrennung und Demokratie. Als Anregung äussert er, dass das Projekt auch Kanada bezeichnet werden könnte. Dies würde dem Grundbucheintrag Rechnung tragen und wäre wie die aktuelle Projektbezeichnung eine Hommage an die aus der Schweiz geflüchteten Menschen des 19. Jahrhunderts.

Gemeinderat Reto Schertenleib bekundet, hier im Saal mit vielem zu rechnen, nicht aber damit, dass der Aussenwerkhof ins Verhältnis mit der weltpolitischen Lage gesetzt wird. Auch rechnet er nicht damit, sich sagen lassen zu müssen, es habe ihnen in den Weizen gehagelt. Er fragt sich, wem es genau in den Weizen gehagelt hat. Das Parlament hat die OPR und somit das jetzt geltende Baureglement einstimmig genehmigt. Er weiss, dass parteilose Rückweisungsanträge immer überraschend kommen, immerhin tun sie es

nun schon vor der Beratung. Den Ausführungen von Stadtrat Matthias Zellweger konnte er keinen Grund entnehmen, warum das Projekt nicht wie geplant vollzogen werden soll. Es wurden keine neuen Erkenntnisse geäussert. Empört äussert er, dass sie sich doch zurückziehen und das Beste daraus machen sollen. Er wiederholt, dass sich das qualitätssichernde Verfahren mit der Sensibilität vom Ort begründet und vor allem auf die Aussenfläche und Umgebung bezieht. Die Frage, wer bestimmt, dass es ein Workshopverfahren braucht, findet er berechtigt. Es gibt keinen harten Artikel, der dies entscheidet. Die Hinweise ergeben sich im Baureglement, Artikel 17. Dieser sagt, dass in Gebieten mit erhöhten gestalterischen Anforderungen ein qualitätssicherndes Verfahren verlangt wird. Er bekundet, dass die Ansichten innerhalb der Verwaltung unterschiedlich waren. Es gibt verschieden qualitätssichernde Verfahren. Es hätte auch ein Architekturwettbewerb vorgeschlagen werden können. Mit dem Workshopverfahren konnte eine pragmatische Lösung und ein gemeinsamer Nenner gefunden werden. Alles andere wäre auch für sie übermotiviert gewesen. Weiter hilft das Verfahren, bei einem effektiven Bauprojekt das Einspracherisiko minimieren zu können. Bezüglich Ausgleichsfläche äussert er, dass sich die angefragte Ersatzmassnahme mit dem Zuführen der ehemaligen Kiesgrube Buchholz zur Landwirtschaft und deren Rekultivierung bereits ergibt.

Der Stadtratspräsident orientiert über die eingegangenen Anträge. Es liegen der Antrag des Gemeinderats vor, der Rückweisungsantrag von Stadtrat Matthias Zellweger und der Begrenzungsantrag des Kredits von Stadtrat Marc Fritschi.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist nicht bereit, auf solch unvorbereitete Anträge einzugehen. Es wurde mit keiner Fraktion Rücksprache genommen. Sie werden den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Er gibt eine persönliche Erklärung ab. Während seiner Amtszeit hat er noch nie gehört, dass ein amtierendes Stadratsmitglied dem Gemeinderat vorwirft, ob es ihm in den Weizen gehagelt habe. Er fordert eine Entschuldigung.

Der Rat stimmt einem Sitzungsunterbruch von fünf Minuten mehrheitlich zu.

Die Sitzung wird unterbrochen. Der Sitzungsunterbruch dauert länger als fünf Minuten.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, beantragt einen Rückkommensantrag, damit noch Voten zum Geschäft erfolgen können.

Der Rat nimmt den Rückkommensantrag mehrheitlich an.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, führt aus, dass aus dem kurzen Beratungsmomentum zwei Sachen hervorgingen. Einerseits verstehen sie nicht, dass Gemeinderat Reto Schertenleib zu genannten Ideen keine Stellung nimmt. Sie würden es gutheissen, wenn er kurz erläutern würde, warum die Idee nicht gehe. Weiter finden sie die Art und Weise von Stadtrat Matthias Zellweger nicht gut. Reisst dieses Vorgehen ein, so herrscht eine Kultur, in der keine fundierten und sauberen Entscheidungen mehr gefällt werden können. Sie finden es toll, solche Ideen zu haben, bitten jedoch, diese jeweils in die Runde zu geben, sei es durch die Fraktionspräsidien oder anderswie. Sollte die Idee spontan entstanden sein, so können sie dies als Ausnahme abhaken. Sie wollen Grundlagen, um fundiert über etwas politisieren zu können.

Matthias Zellweger (Parteilos) erklärt, in der vergangenen Woche mit allen Bauunternehmungen telefoniert und den Rückruf von Jürg Grossen der Firma Isenschmid AG erst am Tag der Stadratsitzung kurz vor Mittag erhalten zu haben. Jürg Grossen hat sich über den nicht stattgefundenen Austausch enttäuscht gezeigt. Er betont, dass eine Rückweisung eine Chance ist. Eine Rückweisung ist keine Ablehnung, sondern eine Prüfung, ob es besser gemacht werden kann. Er erachtet die Rückweisung des Antrags als einen sinnvollen Schritt für die Sache.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, fragt, ob der Gemeinderat das Geschäft nochmals zurückziehen kann, um die Ideen und Behauptungen nochmals zu prüfen. So könnte der Gemeinderat das Geschäft in leicht abgeänderter Form, oder in gleicher Form aber mit bestätigter Prüfung der Vorwürfe, nochmals bringen. So würde niemand das Gesicht verlieren.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, teilt mit, dass in der Fraktion nach dem Sitzungsunterbruch unterschiedliche Haltungen vorherrschen. Einige stufen eine erneute Prüfung als Chance ein, mit der es nichts zu verlieren gibt. Andere stören sich daran, dass die Idee so kurzfristig kam. Von den Einschätzungen seitens Gemeinderats konnten auch sie wenig dazu heraushören, was die Idee bedeuten würde.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, findet es unverschämt, dem Rat und Gemeinderat vorzuwerfen, man werfe Geld aus dem Fenster und kümmere sich nicht um Steuergelder. Weiter, man habe die Aufgabe nicht wahrgenommen und im Rahmen der Wirtschaft nicht alles abgeklärt. Für ihn hat dies nichts mit sauberem Politisieren zu tun. Diese Art und Weise kommt dem Stadtrat nicht gut an. Er appelliert, dass solche Geschäfte zukünftig anders behandelt werden und anders damit umgegangen wird. Im Raum stehen Behauptungen, von denen niemand weiss, ob sie stimmen oder nicht. Er weist darauf hin, dass es heikel wäre, wenn der Zeitung zu entnehmen ist, eine Firma hätte für 2'000 Franken dasselbe angeboten, unabhängig von der Korrektheit dieser Aussage. Er geht mit der SVP-Fraktion einher, dass es besser ist, das Geschäft nochmals zurückzuziehen und erneut zu prüfen. Es geht nicht darum, wer Recht hat. Er glaubt, dass der Gemeinderat das Geschäft sauber abgeklärt hat. Dennoch herrscht im Raum ein komisches Gefühl und es besteht eine gewisse Unsicherheit. Bei einem Beschluss in zwei Monaten kann klar gesagt werden, ob wirklich niemand aus der Wirtschaft eine zahlbare Möglichkeit für eine Zusammenarbeit bieten kann. Man will mit einem guten Gefühl abstimmen können.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, findet, die Kirche soll im Dorf gelassen werden. Es geht um zwei unterschiedliche Sachen. Von Stadtrat Matthias Zellweger gibt es einen Antrag, der keine Behauptung beinhaltet. Ihm wurde kurzfristig zugetragen, dass eine namhafte Firma allenfalls genügend Fläche anbieten und man ins Geschäft kommen könnte. Dies ist an keinen Vorwurf geknüpft. Die Aussage von Stadtrat Marc Fritschi hat mit dem Antrag von Stadtrat Matthias Zellweger nichts zu tun. Es sagt niemand, die Stadt habe ihre Aufgabe nicht gemacht. Er sieht keinen Schaden darin, um kurz vor zwölf die Idee noch abzuklären. Er findet leicht schmunzelnd, auch die Parteilosen können mal eine gute Idee haben, auch wenn er dies zum ersten Mal erleben würde. Gerne würde er ihnen die Chance geben. Er findet es nicht in Ordnung, eine Chance liegenzulassen, nur weil die Form nicht korrekt ist. Er würde es begrüßen, wenn das Geschäft zurückgenommen wird und die ausstehenden Klärungen noch erfolgen.

Gemeinderat Reto Schertenleib weist darauf hin, dass in den SAKOs genau solch kritische Fragen gestellt und Ideen hervorgebracht werden könnten. Es sei nicht das Problem vom Gemeinderat, dass die Parteilosen nicht entsprechend ihrer Kompetenz in den SAKOs vertreten sind. Weiter gibt es die Möglichkeit, sich unter den Stadtratsmitgliedern auszutauschen, den Ämtern oder dem Gemeinderat zu telefonieren und Fragen zu stellen. Er fragt sich, wie zukünftig damit umgegangen werden soll, wenn immer im letzten Moment noch eine Idee kommt. Sollte dies die neue Form der Zusammenarbeit sein, so könne man das machen. Er wird das Geschäft zurückziehen. Empört weist er aber darauf hin, es solle niemand sagen, sie können den Realisierungsgrad nicht einhalten, sie würden nie dann bauen, wenn sie eigentlich vorgesehen hätten und sie sind nicht in der Lage, Zeitpläne einzuhalten. Am Montag hätte die Startsituation für das Workshopverfahren stattgefunden. Er hinterfragt, was bei der Firma Isenschmid AG wirklich angefragt wurde und wie gut die Idee wirklich ist. Es gehe um einiges mehr, als um ein paar Kieshaufen. Er bittet, Ideen oder Hinweise dazu, was genau geklärt werden soll, um die Unsicherheiten zu beseitigen, zumindest vor der Prüfung einzureichen.

Matthias Zellweger (Parteilos) gibt eine persönliche Erklärung ab. Es wurde weder auf die Frage von Stadtrat Jonas Baumann geantwortet, noch kann er die Art und Weise, wie einander begegnet wird, akzeptieren. Die Unterstellung, einfach mal etwas gemacht zu haben, kann er nicht auf sich ruhen lassen. Er sucht

schon lange einen Weg, den Gemeinderat intellektuell baulich herauszufordern. Leider gelingt ihm dies in dem Saal nie, weil hier niemand entsprechend bewaffnet ist.

Gemeinderat Reto Schertenleib zieht das Geschäft Nr. 08/2025 zurück.

40. Postulat P 05/2025 betreffend offenes Rathaus für Stadtratsparteien

Natalie Althaus (Grüne), Fraktion Grüne vom 13. Februar 2025; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, betont, dass durch die neu geplante Glastüre viel Licht in das dunkle Gebäude kommt. Sie hoffen, dass damit auch das Leben im Rathaus noch mehr zum pulsieren kommt. Das Rathaus ist für die Stadt Thun das Zentrum der Politik. Er plädiert für ein offenes Haus, von dessen Räumlichkeiten verschiedene Interessengruppen und gerade auch Parteien profitieren können. Euphorisch äussert er, dass im Rathaus eine politische Erlebniswelt entstehen könnte. Er verweist auf die Antwort des Gemeinderats, es sei mit dem Status quo zu rechnen. Er hofft, dass dieser Status quo nach der Prüfung noch erweitert werden kann. Er wünscht sich ein offenes Haus, in dem Leute willkommen geheissen werden können. Sie freuen sich, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat anzunehmen und zu prüfen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, zeigt sich wenig begeistert. Sie werden das Postulat einstimmig ablehnen und im Falle einer Annahme abschreiben. Er verweist auf die von den Postulanten genannte Begründung, es sei ausgeschlossen, wichtige politische Zusammenkünfte im Rathaus durchführen zu können und klärt auf, dass diese Behauptung falsch ist. Bereits heute können im Rathaus Fraktionssitzungen durchgeführt werden. Politische Organisationen und Parteien, die nicht im Stadtrat vertreten sind, würden von der Nutzung gemäss Begründung ausgeschlossen werden. Es erstaunt, dass das Gebot der Gleichheit in diesem Fall nicht zur Anwendung kommen soll. Die knapp hundert zusätzlichen Versammlungen oder Sitzungen, die meist ausserhalb der normalen Arbeitszeiten einhergehen würden, bedeuten für sie klar eine vollkommene Überlastung der personellen wie auch infrastrukturellen Ressourcen. Eine Nutzung wäre höchstens zu marktüblichen Konditionen wie Raummiete und Konsumationspflicht denkbar, was das örtliche Gastgewerbe zu Lasten von Steuergeldern unnötig konkurrenzieren würde. Er weist darauf hin, dass das Rathaus bereits heute für viele öffentliche Anlässe wie die Fasnacht, den Stadtlauf oder das Thunfest geöffnet ist. Die Fraktion empfiehlt eine Ablehnung.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, freut sich, dass der Gemeinderat das Postulat so positiv aufnimmt und zur Annahme empfiehlt. Sie verstehen, dass eine Öffnung vom Rathaus nicht einfach ist. Sie sehen der Prüfung positiv entgegen und sind überzeugt, dass es sinnvolle Lösungen gibt. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen und nicht abschreiben.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU** findet die Idee ebenfalls gut und glaubt, dass die Ausnutzung der Infrastruktur durchaus sinnvoll ist. Sie regen dazu an, die Prüfung auf die städtischen Räumlichkeiten auszuweiten. Allenfalls gibt es Objekte, die sich für allfällige Sitzungen oder Anlässe besser eignen. Er überlegt, ob dazu mit einheitlichen Systemen wie Badges gearbeitet werden könnte. Sie sind gespannt, was die vertiefte Prüfung ergibt und hoffen auf gute Lösungen.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, beurteilt das Anliegen eher kritisch. Die vom Gemeinderat erwähnten Punkte wie Ressourcen sind auch für sie von zentraler Bedeutung. Auch sie finden, dass es eine gerechte Öffnung für alle Anspruchsgruppen braucht. Es ist wichtig, dass das Rathaus nicht zu einem Eventlokal wird. Sie stimmen der Prüfung zu und sehen dem Resultat gespannt entgegen.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch dankt für die interessanten Hinweise und Ideen. Das Begehren rennt offene Türen ein. Der Gemeinderat hat sich seit dem Dezember 2024 in einem Aussprachegeschäft der Thematik gewidmet und kann jetzt die genannten Anliegen noch gut mitnehmen und prüfen. Der

Gemeinderat hat die Klärung der Nutzungsordnung in Auftrag gegeben. Die aktuelle Situation wird geprüft und es wird evaluiert, was machbar ist und was nicht. Zu Stadtrat Thomas Hiltbold gerichtet betont sie, dass das Rathaus bereits jetzt sehr belebt ist. Sie weist darauf hin, dass die genannten knapp hundert zusätzlichen Anlässe pro Jahr auf die Woche gerechnet zwei zusätzliche Anlässe bedeuten würden, Ferien exkludiert. Dies hat für alle hier tätigen Mitarbeitenden Auswirkungen, sei es für den Unterhalt wie auch für den Betrieb. Sie betont, dass ein solcher Zuwachs an Anlässen auch einen Zuwachs an personellen Ressourcen bedingt. Nur so kann der Service eines offenen Hauses angeboten werden. Die Idee von Stadtrat Baumann, an anderen Verwaltungsstandorten das gleiche System einzuführen, nehmen sie mit, auch wenn dies nicht Gegenstand des aktuellen Prüfauftrags ist.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 28 : 9 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 26 : 11 Stimmen nicht ab.

41. Interpellation I 01/2025 betreffend Thun Magazin

Valentin Borter (SVP), Mark van Wijk (FDP), Fraktion SVP vom 17. Januar 2025; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) teilt mit, dass sie von der Beantwortung befriedigt sind, wenn auch nicht ausserordentlich.

42. Interpellation I 14/2024 betreffend Grünstadt-Label

Anja Dolder (Grüne), Fraktion Grüne, Thomas Hiltbold (Grüne) vom 20. Dezember 2024; Beantwortung

Anja Dolder-Gerhardy, Fraktion Die Grüne, teilt mit, dass sie von der Beantwortung teilweise befriedigt sind. Sie verzichten auf eine Diskussion, bleiben jedoch am Thema dran und hoffen, dass die Überprüfung im 2025 abgeschlossen werden kann.

43. Interpellation I 06/2025 betreffend das Vorgehen der Notfallorganisation in einer Notlage in der Stadt Thun

Christoph Lauener (SVP), SVP-Fraktion vom 20. März 2025, Beantwortung

Christoph Lauener (SVP) teilt mit, dass sie von der Beantwortung teilweise befriedigt sind, jedoch auf eine Diskussion verzichten.

44. Fragestunde F 06/2025 betreffend Hotel Aare Thun

Reto Beutler (FDP) vom 24. April 2025; Beantwortung

Die Fragestunde F 06/2025 wird schriftlich beantwortet.

45. Fragestunde F 07/2025 betreffend Schadaugärtnerei

Reto Beutler (FDP) vom 24. April 2025; Beantwortung

Die Fragestunde F 07/2025 wird schriftlich beantwortet.

46. Fragestunde F 08/2025 betreffend Aussenwerkhof «Amerika»

Matthias Zellweger (Parteilos) vom 28. April 2025; Beantwortung

Die Fragestunde F 08/2025 wird schriftlich beantwortet.

47. Fragestunde F 09/2025 betreffend Blumenflügel

Alice Kropf (SP) vom 6. Mai 2025; Beantwortung

Die Fragestunde F 09/2025 wird schriftlich beantwortet.

48. Fragestunde F 10/2025 betreffend Werbekampagne

Thomas Hiltbold (Grüne) vom 6. Mai 2025; Beantwortung

Die Fragestunde F 10/2025 wird schriftlich beantwortet.

49. Fragestunde F 11/2025 betreffend Entfernung Blumen-Klavier

Fraktion GRÜNE vom 6. Mai 2025; Beantwortung

Die Fragestunde F 11/2025 wird schriftlich beantwortet.

Mitteilung

Der Stadtratspräsident weist auf die Einladung vom diesjährigen Stadtratsanlass hin. Das Programm beinhaltet einen Segelausflug auf dem Thunersee. Er hofft auf eine grosse Teilnahme. Der Anlass findet am 19. Juni 2025 oder bei Schlechtwetter am 25. Juni 2025 statt. An- und Abmeldungen werden bis zum 1. Juni 2025 gewünscht. Weiter informiert er, dass die zusätzliche Stadtratssitzung vom 13. Juni stattfindet und als Informationsveranstaltung vom Gemeinderat dient. Es gilt Präsenzpflicht. Zum Schluss weist er auf die Führung im Kunstmuseum hin, die am 14. Mai stattfindet. Er würde sich über weitere Anmeldungen freuen.

Eingänge

- Interpellation I 09/2025 betreffend Kreislaufwirtschaft in Thun; Malenka Schmutz (Grüne), Fraktion Grüne vom 8. Mai 2025
- Interpellation I 10/2025 betreffend Gondelverkehr in der Stadt Thun; Reto Beutler (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte, Sonja Graf (SVP), Christoph Lauener (SVP), Philipp Deriaz (SVP) vom 8. Mai 2025
- Interpellation I 11/2025 betreffend Engagement Vorsteherin Bildung Sport Kultur für die laufende Volksinitiative für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe; Fraktion SVP, Mark van Wijk (FDP) vom 8. Mai 2025

Der Stadtratspräsident



Thomas Lanz

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder